Erste Massnahmen

Autor(en): **Orlando [Eisenmann, Orlando]**

Objekttyp: **Illustration**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **118 (1992)**

Heft 13

PDF erstellt am: **05.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Bekenntnisse

Ursula Mauch, SP-Bundesratskandidatin aus Oberlunkhofen im Kanton Aargau (Wie lange will Stich denn wirklich noch ausharren?), gab Bekenntnisse von sich: «Was ist eigentlich los, werde ich alt?» (Das kann Lisette wirklich nicht wissen.) «Ich fühle mich bedroht.» (Was? Von Bundesrat Stich?) «Hilfe kommt in Sicht.» (Von wem naht Rettung? Von Peter Bodenmann ja kaum, der ist weit weg im Wallis.) Alles falsch, Ursula sieht Hilfe vom Bundesrat: «Da flattert mir eine Botschaft auf den Tisch.» Welch beglückendes Erlebnis für jedes Ratsmitglied, gewiss. (Aus einem Artikel im SP-Pressedienst vom 10. März 1992 über Luftprobleme und F/A 18)

Loeb, der Abschaffer

François Loeb, Warenhausinhaber und FDP-Nationalrat, hat eine tolle Idee: Alle Gesetze des Bundes, gegen die in den letzten 20 Jahren keine Änderungswünsche vorgebracht wurden, sollten geprüft und gegebenenfalls abgeschafft werden. Seine Motion trägt den Bandwurm-Titel «Gesetzes-Abschaffungs-Delegation». Eine hervorragende Massnahme im Sinne von weniger Staat! Man stelle sich das vor: All jene Erlasse, die völlig problemlos vollzogen werden oder die wirklich niemanden mehr stören (sonst würden sie ja abgeändert!), all jene Gesetzeswerke sollten aufgestöbert (von wem? Personalstopp!), aufgelistet, beurteilt und mit einem Antrag versehen in einer dicken Botschaft ans Parlament weitergereicht werden. Lisette kann sich diesen Leerlauf kaum vorstellen. Vermutlich hat Herr Loeb diesen Vorstoss aus seiner Berufspraxis entlehnt. Im Warenhaus wird ja wohl auch bei allen Produkten, die problemlos verkauft werden, immer wieder geprüft, ob man sie noch führen soll.

Slowman Bodenmann

Der militärkritische SP-Parteipräsident Peter Bodenmann – er enthielt sich seinerzeit im Parlament zur GSoA-Initiative der Stimme – ist aus dem Takt gefallen. Noch bevor er nach dem Luftzwischenfall Tiger/Airbus den Rücktritt von Korpskommandant Werner Jung lauthals fordern konnte, hatte dieser bereits den Hut genommen. Und noch bevor Bodenmann im Pressedienst verlautbarte, er wünsche sich eine PUK-ähnliche Kommission zur Untersuchung der Vorfälle, hat das EMD bereits eine Pressekonferenz mit Experten anberaumt, wo über erste Untersuchungsergebnisse berichtet wird. Entweder hat der neue Pressechef im EMD einen heissen Draht ins Herz der SPS-Zentrale, oder Bodenmann ruht noch im Winterschlaf.

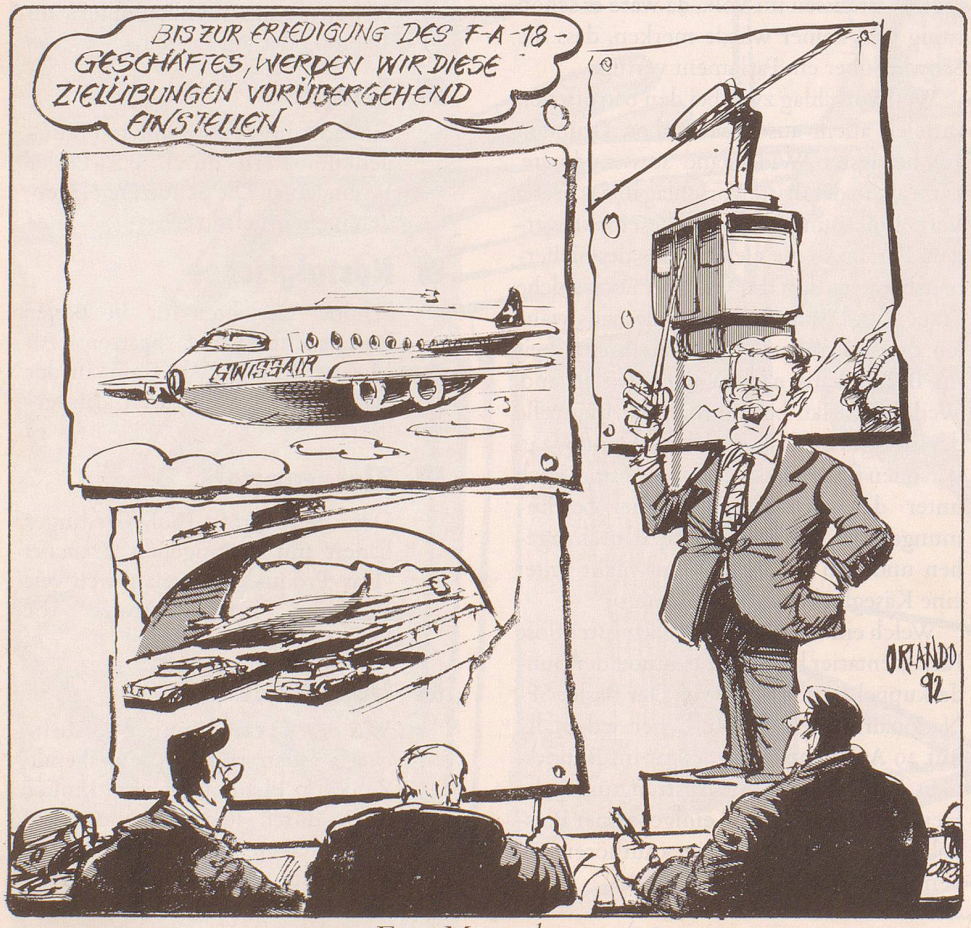
Weiche Asylpolitik?

Eine Arbeitsgruppe der Bundesratsparteien wolle den Kantonen in Asylfragen Beine machen, hiess es in der Presse. Das von Rolf Engler (CVP) geleitete Gremium habe vorgeschlagen: «Kantonen, welche die Befragung (von Asylbewerbern, *Red.*) nicht innerhalb von 20 Tagen durchführen, sind die Fürsorgeleistungen zu streichen.» Mutig, mutig. Nur kommt dieser Vorschlag so nicht von der Arbeitsgruppe. Das Gremium mit Trix Heberlein (FDP), Ernst Rüesch (FDP), André Daguet (SP), Walter Stöckli (SP), Ulrich Zimmerli (SVP), Hanspeter Seiler (SVP) und Rosmarie Simmen (CVP) hatte eine viel weichere Formulierung gewählt: «Es ist zu prüfen, ob jenen Kantonen, welche die Befragung nicht innerhalb von 20 Tagen durchführen, die Fürsorgeleistungen, welche über die 20-Tage-Frist hinausgehen, bis zur Durchführung der Befragung gestrichen werden sollen.» Daraus wurde erst durch Intervention einer bürgerlichen Parteileitung ein markiger Satz. Was notabene die Publikation des Papiers um rund eine Woche verzögerte.

Beweis erbracht

Die Autopartei hat bewiesen, wie man in der Schweiz Umweltschutz betreibt. Wie Lisette in Erfahrung brachte, hatte einen ganzen Morgen lang die gesamte Beamtenschaft den Atem angehalten, als die APS im Nationalrat den Teuerungsausgleich für das Bundespersonal abschaffen wollte. Man stelle sich vor, wieviel CO_2 deshalb nicht in die Luft gepustet wurde!

Lisette Chlämmerli



ORLANDO EISENMANN

Erste Massnahmen

REKLAME

Warum

melden Sie sich nicht, falls Sie Lust haben, meinen Roman **Silvano Holzer** zu redigieren oder gar zu verlegen?

Paul Gmür
Albergo Brè Paese
6979 Brè s. Lugano
Tel. 091/51 47 61